Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Nr. 5382 des amtl. Zeit.-Verz.

Für die Redaktion verantwortlich:
Dr. Ewald Schulze in Halle.

[Fernsprechverbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg rc. Anschluß-Nr. 176.]

Saale-Zeitung.

Zweiunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltzeile oder deren Raum mit 20 Pf., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 60 Pf.
Erscheint wöchentlich zweimal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 50. **Halle a. d. Saale, Montag den 31. Januar** **1898.**

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

Berlin, 30. Jan. Gestern abend um 8 Uhr fand bei den Majestäten im Weißen Saale des Königl. Schlosses ein Ball statt, zu dem ca. 800 Einladungen ergangen waren. Nach dem Erscheinen der Majestäten und der hohen Herrschaften im Weißen Saal begann der Tanz. Um 10¾ Uhr wurde das Souper eingenommen. Der Ball endete nach 12½ Uhr.

Die Prinzessin Friedrich Leopold von Preußen wendete der Gemeinde-Diakonie zu Primkenau für Kranken- und Armenpflege 1000 M. zu.

Der deutsche Botschafter in Paris, Graf Münster, ist mit seiner Tochter heute früh in Cannes eingetroffen.

Die Politik der Sammlung.

≙ Aus **Berlin,** 30. Januar, schreibt man uns: Die Politik der Sammlung ist im vollsten Zuge. Miquel kann auf seine bisherigen Erfolge stolz sein. Die Konservativen gehorchen und folgen ihm blindlings, nachdem am Freitag der Landwirthschaftsminister Frhr. v. Hammerstein ihr Vertrauen durch seine rasch berühmt gewordene Erklärung gewonnen und dadurch das letzte Mißtrauen an der „Korrektheit" der jetzigen Regierung beseitigt hatte; die Nationalliberalen aber haben sich gleichfalls von den Sirenenklängen des Herrn Johannes v. Miquel einfangen lassen und haben gestern, in der Sonnabendsitzung des Abgeordnetenhauses, ihre volle Zustimmung zur agrarischen Politik durch den Mund der Abgeordneten Sieg und Dr. Friedberg verkündet; die Industrie endlich hat, verkörpert durch den freikonservativen Herrn Bopelius, einen Freund des Herrn v. Stumm, dem Zusammengehen zwischen Industrie und Landwirthschaft das Wort geredet, und die „Berl. Pol. Nachr." jubeln, „daß das Kartell zwischen Industrie und Landwirthschaft, welches so lange zum Segen für beide Theile bestanden hatte, wiederhergestellt ist." — Soweit wäre also alles in Ordnung, und Herr v. Miquel könnte sich ruhig schlafen legen, wenn — nun wenn er es lediglich mit dem preußischen Abgeordnetenhause zu thun hätte. Aber auch der Reichstag ist noch da; und er ist ein doch immerhin auch nicht zu übergehender Faktor! Die Politik der Sammlung, d. h. mit anderen dürren Worten das alte Kartell, hat zwar für den Landtag eine eminente Bedeutung, um so mehr, als durch ihr Zustandekommen der infolge des Vereinsgesetzes im letzten Sommer entstandene, zunächst ziemlich tief aussehende Riß zwischen konservativ und nationalliberal wieder geschlossen worden ist; aber für den Reichstag ermangelt sie jeden praktischen Nutzens, jeder Aussicht auf Erfolg.

Die Regierung hat sich, einem Schlagwort zuliebe, das doch höchstens einen einseitigen politischen Nutzeffekt haben kann, dem Agrarierthum mit Leib und Seele verschrieben. Die Nationalliberalen machen mit, sie, deren Organe, „Nat.-Ztg." und „Natl. Korr.," seit Jahren einen harten Verzweiflungskampf gegen die agrarischen Bestrebungen ausfechten, sie, deren leitende Kräfte unzweifelhaft auf dem Boden wirthschaftlich-liberaler Ueberzeugungen stehen. Vor Jahren wollte der Nationalliberalismus seine agrarischen Bestandtheile ausmerzen. Es gelang ihm nicht. Jetzt hat ihn das Verhängniß ereilt. Die agrarischen Bestandtheile haben ihn überwältigt, der Aberglaube an die „Politik der Sammlung" hat innerhalb der Partei gesiegt. Nun fragt es sich nur, wie viel vom Nationalliberalismus bei den Neuwahlen das Agrarierthum und der mit ihm verbündete reaktionäre Radikalismus übrig lassen wird. Viel wird es nicht sein. Herr v. Bennigsen und Dr. Hammacher haben richtig geahnt, daß ihre Zeit vorbei ist. Ihre Resignation war ihr letzter kluger politischer Akt!

Die Wahl in Homburg-Kusel.

Bei der Reichstagsstichwahl für den Wahlkreis Homburg-Kusel, die am Sonnabend stattfand, erhielt Schmitt (natlib.) 8285, und Lucke (Bund d. Landwirthe) 6755 Stimmen. Die Resultate von 20 Gemeinden stehen noch aus. Im ersten Wahlgange waren 6667 Stimmen für Schmitt, 3647 für Lucke und 3582 für den Centrumskandidaten abgegeben worden. Die letzteren scheinen, dem entsprechenden Beschluß gemäß, zum größten Theil Lucke zugefallen zu sein, während für Schmitt noch Reserven herangezogen werden konnten. Wider Erwarten hat also der nationalliberale Bewerber gesiegt. Nationalliberales Abendleuchten! Der Bund hat zu seinen bisherigen unzähligen Niederlagen eine neue erworben. Denn wenn auch der gewählte Herr Schmitt zwar gleichfalls zum Bunde gehört, so war dessen so zu sagen offizieller Kandidat doch Herr Lucke. Ferner haben sich zweifellos alle Elemente, denen das bündlerische Treiben, die rücksichtslose Interessenpolitik zuwider ist, auf Herrn Schmitt als das „kleinere," weil gemäßigtere agrarische Uebel vereinigt. Wenn der Nationalliberalismus klug wäre, könnte er aus dem Wahlergebniß die Lehre ziehen, daß ein Zusammengehen mit den Bündlern gar kein so gutes Geschäft zu sein scheint, da die bündlerische Agitation viele besonnene Wähler abschreckt, daß vielmehr ein Kampf gegen den Bund unter Umständen viel mehr Erfolge verspricht.

Die ostasiatische Frage.

In der Frage der chinesischen Anleihe sind die beiden konkurrirenden Mächte, England und Rußland, fortdauernd bemüht, auf gütlichem Wege zu einer Verständigung zu gelangen. In London wurden, der „Köln. Ztg." zufolge, die schwebenden Fragen in den zwei Kabinetsräthen nicht zur Entscheidung gebracht. Es scheine ungewiß, ob die entschiedenste Richtung im Kabinet die Oberhand gewinnen werde über die Leitung des Auswärtigen Amtes, die nicht abgeneigt sei, Talienwan als zur russischen Sphäre gehörig gelten zu lassen, falls Rußland entgegenkäme und wegen Talienwan für den allgemeinen Handel gleiche Zugeständnisse mache wie Deutschland hinsichtlich Kiaotschaus. Mittlerweile mache Rußland erneute, lebhafte Anstrengungen, die chinesische Anleihe theils in Paris, theils in Berlin anzubringen, indeß nicht bei den leitenden Bankhäusern, sondern bei solchen zweiten und dritten Ranges und ohne Förderung seitens der Regierungen. — Von russischer Seite treten die Petersburger „Nowosti" den beunruhigenden Gerüchten über eine Trübung der englisch-russischen Beziehungen wegen Chinas entgegen und sagen, das beste Dementi dieser Gerüchte sei die Rede, die Lord Hamilton kürzlich in Chiswick gehalten hat. Anknüpfend an die Rede des englischen Schatzkanzlers Hicks Beach in Bristol über die Opfer, die England zur Wahrung seines Handels mit China bringen müßte, bemerken die „Nowosti," weder Rußland noch Deutschland dächten an einen Feldzug gegen diesen Handel. Das Blatt hebt die Maßnahmen hervor, die Frankreich zur Verhütung englisch-russischer Mißverständnisse getroffen habe, und schreibt: Angesichts alles dieses glauben wir, daß von der Lage der Dinge im äußersten asiatischen Orient keine ernstlichen Verwickelungen zu befürchten sind.

Die russischen Schiffe in Port Arthur und Talienwan haben große Schwierigkeit, sich Kohlen zu verschaffen. Die Abberufung der britischen Schiffe aus Port Arthur und Talienwan, angeblich auf russisches Drängen, hat, nach der „Times," auf die Chinesen einen schlechten Eindruck gemacht und das britische Ansehen geschädigt. Der französische Geschäftsträger ist in der Unterstützung der russischen Forderungen wegen der chinesischen Anleihe ungleich lauer geworden. Der Tsungliyamen hat beschlossen, England den Vorschlag zu machen, die Anleihe zwischen England und Rußland zu theilen. Die Territorialbedingungen sollen Gegenstand besonderer Verhandlungen bilden. Die „Times" hält diesen Aufteilungsvorschlag Chinas für inopportun, glaubt aber, England würde nicht auf der Oeffnung Talienwans bestehen, wenn Port Arthur Freihafen würde. England liege vor allem daran, die Flüsse dem Dampfschiffsverkehr zu öffnen.

England scheint indessen von seinen Forderungen noch mehr abgelassen zu haben. Nach dem „B. T." wäre bereits ein Uebereinkommen zwischen England und Rußland erzielt. England verzichte auf die Oeffnung Talienwans als Verkragshafen, und Rußland ziehe seinen Widerspruch gegen die englische Kontrolle der Seezölle zurück. Auf dieser Basis dürfte die englisch-chinesische Anleihe nunmehr zum Abschluß gelangen.

Der „Post" wird bestätigt, daß das gesammte, auf 99 Jahre von Deutschland gepachtete Gebiet von Kiaotschau durch Allerh. Kabinetsordre der Verwaltung des Reichsmarineamts bis auf weiteres unterstellt wird. Da der Marine die ersten Arbeiten zur weiteren Ausgestaltung von Kiaotschau naturgemäß zufallen, so dürfte, wie die „Post" meint, die genannte Maßregel als eine durchaus angemessene Lösung dieser ersten Frage zu bezeichnen sein.

Dem ostasiatischen Uebereifer muß bereits abgewinkt werden. Die „Nordd. Allg. Ztg." veröffentlicht folgendes in offiziösem Sperrdruck:

„Beim Auswärtigen Amte gehen fortgesetzt in großer Zahl Gesuche von Personen ein, welche nach dem deutschen Gebiet an der Kiaotschau-Bucht überzusiedeln wünschen und um Auskunft über die dortigen Verhältnisse für die Errichtung eines Geschäftes oder den Betrieb eines Gewerbes oder auch um Anstellung in der Verwaltung des Gebietes bitten. Die Ordnung der Verhältnisse der neuen Besitzung ist zur Zeit noch nicht so weit vorgeschritten, daß eine Antwort auf dergleichen Gesuche ertheilt werden könnte. Alle bezüglichen Eingaben sind daher verfrüht."

Nach einem Telegramm aus Tsintanfort (Kiaotschaubucht) ist dort bereits am 26. Januar eine deutsche Postanstalt eingerichtet worden. Die Postbeamten und Inventarien für die neue Postanstalt waren von der Reichspostverwaltung gleichzeitig mit dem Landungsdetachement des Kreuzergeschwaders an Bord des deutschen Dampfers „Darmstadt" nach der Kiaotschaubucht entsendet worden, wo sie am 26. Januar eingetroffen sind.

Die mit dem letzten Postdampfer in Marseille eingetroffenen Zeitungen aus Tongking melden, daß der deutsche Dampfer „Longmoon" (Kapitän Schultz) von der Chinesischen Küstenfahrt-Gesellschaft am 24. November in Kiaotschau mit Depeschen für das deutsche Geschwader sowie Vorräthen für die Schiffe und die Truppen angekommen sei. Der Dampfer, so melden diese Blätter weiter, fand alles vollkommen ruhig. Zwischen Deutschen und Chinesen herrschte die aufrichtigste Harmonie. Die deutschen Offiziere machten mit schwachen Patrouillen mehrere Streifzüge ins Innere des Landes; sie wurden überall aufs beste von der Bevölkerung aufgenommen, der sie anempfahlen, sich nicht zu beunruhigen, und die Versicherung gaben, daß sie nichts zu befürchten hätte, so lange sie sich freundlich gegen die Besucher verhielte.

Parlamentarisches.

* Im Herrenhause ist die nächste Plenarsitzung auf den 15. Februar, nachmittag 2 Uhr anberaumt worden. Auf der Tagesordnung steht die zweite Berathung des Antrags Herzog von Ratibor in betreff der Bereitstellung von Mitteln zur dauernden Verbesserung der Hochwasserabflußverhältnisse besonders gefahrlicher Privatflüsse der Provinzen Schlesien und Brandenburg auf Grund mündlichen Berichts der X. Kommission mit dem Kommissionsantrag: Ueberweisung sämmtlicher zu dieser Angelegenheit gestellten Anträge als Material.

* Dem Reichstage ist der Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung der Gesetze, betr. Postdampfschiffs-Verbindungen mit überseeischen Ländern, nunmehr zugegangen.

* Der Landwirthschaftsminister hat in der Sitzung am Freitag im Abgeordnetenhause zur Begründung dafür, daß nicht ein Gesetzentwurf über das Wasserrecht in dieser Session zur Vorlage gelangt, wörtlich erklärt:

„Wir haben davon Abstand genommen, um allen Parteien volle Zeit zur Wahlagitation zu geben." (Bewegung.) Das Staatsministerium ist also der Meinung, daß die Landtagssession abgekürzt werden muß wegen der Wahlagitation. Eine Wahlagitation aber würde die Abgeordneten in dieser Session nicht stören, wenn die Wahlen erst im Herbst stattfinden sollten. Aus der Bemerkung des Landwirthschaftsministers schließt nun die „Freis. Ztg.," daß nach der Absicht des Staatsministeriums die Reichstagswahlen, vielleicht auch die Landtagswahlen schon in der ersten Hälfte dieses Jahres stattfinden sollen. Eben deshalb soll die Landtagssession nicht, wie gewöhnlich, bis in den Juni oder Juli hinein ausgedehnt werden.

* Die Kommission für die Militärstrafprozeß-Reform nahm am Sonnabend weitere vom Centrum gestellte Abänderungsanträge zur Vorlage an. § 227 erhielt den Zusatz, daß gegen die Anordnung der Beschlagnahme und Durchsuchung binnen einer Woche die Rechtsbeschwerde an das obere Gericht stattfindet. Sofern es sich um Beschlagnahmen und Durchsuchungen bei anderen als aktiven Militärpersonen handelt (§ 228), sollen sie nicht auf Anordnung des Gerichtsherrn, sondern durch Ersuchen des Amtsgerichts erfolgen. Auf Verlangen soll den von der Durchsuchung betroffenen Personen ein Verzeichniß der in Verwahrung oder Beschlag genommenen Gegenstände ausgehändigt werden. Bei Ablehnung des Ermittelungsverfahrens oder Einstellung desselben steht dem Antragsteller, wenn er zugleich der Verletzte ist, die Rechtsbeschwerde an den höheren Gerichtsherrn zu. Die Kommission hat beschlossen, gegen den ablehnenden Bescheid des letzteren den Antrag auf gerichtliche Entscheidung zuzulassen. Zur Entscheidung soll das Reichs-Militärgericht zuständig sein. In kriegsgerichtlichen Fällen soll den Beschuldigten auch ohne dessen ausdrückliches Verlangen eine Abschrift der Anklageschrift mitgetheilt werden. Zu § 269, der die Oeffentlichkeit der Hauptverhandlung festsetzt, gab Kriegsminister v. Goßler eine Erklärung dahin ab, der Kaiser habe die Oeffentlichkeit in vollem Umfange zugestanden, aber die gutachtlich gehörten Generalkommandos haben sich im militärischen Interesse dagegen erklärt. Dennoch sei der Kaiser bei seiner Ansicht verblieben, habe sich aber gegen die bayerische Vorschrift ausdrücklich erklärt. Der Kaiser betrachte es als eine seiner unverrückbare Annahme, an seinen Worten zu zweifeln. Wenn er die Oeffentlichkeit zugestanden habe, so wolle er sie auf Umwegen nicht wieder ausschließen. Ein auf Erweiterung der Oeffentlichkeit gestellter sozialdemokratischer Antrag wurde abgelehnt.

Parteinachrichten.

* Der Bund der Landwirthe fühlt sich sehr und wird infolgedessen äußerst übermüthig. Jetzt schreibt dessen „Korrespondenz":

„Wenn ein so kleines Blatt z. B. den ‚Bund der Landwirthe' schmäht und kein Bauer dagegen protestirt, so wird es natürlich den Muth finden, immer entschlossener auf diesem Wege fortzufahren. Unsere Gegner empfehlen den Landwirthen immer die Selbsthilfe. Nun gut, Freunde, wendet diesen Rath auf dem Gebiete der Presse an und steigt jedem antiagrarischem Redacteur eurer Gegend ‚auf die Bude,' bis aus dem Saulus ein Paulus wird. Kann er selbst keine agrarischen Artikel schreiben, so empfehlt ihm die Artikel der ‚Korrespondenz des Bundes der Landwirthe' zum Abdruck."

Die antiagrarischen Redacteure werden den aufdringlichen Herren, die ihnen „auf die Bude steigen," hoffentlich die Thür weisen!

* Der liberale Verein in Dessau hat den bisherigen Vertreter des Kreises, Kommerzienrath Richard Nöscke, wieder als Kandidaten aufgestellt.

* Der Freisinnige Verein zu Jena veröffentlicht eine Ansprache an die freisinnigen Wähler des dritten weimarischen Wahlkreises, aus der hervorgeht, daß die dortigen Anhänger der freisinnigen Parteien für die bevorstehende Reichstagswahl wiederum einen eigenen Kandidaten aufstellen werden, und zwar — vorbehaltlich weiterer Verständigung unter den Gesinnungsgenossen in der Personenfrage — einen Kandidaten, der nicht bereit durch irgend eine Parteischablone alle freisinnigen Männer des Wahlkreises bei der Wahl sammelt unter der Parole: Für bürgerliche Freiheit und sozialen Fortschritt! Gegen Militarismus zu Wasser und zu Land!

* Nach dem „Mem. Dpfs." beabsichtigt man in Memel als Kandidaten der Konservativen und des Bundes der Landwirthe für die bevorstehende Reichstagswahl den früheren memeler Oberbürgermeister, Geh. Regierungsrath König in Berlin, aufzustellen.

Verwaltung und Rechtspflege.

* Aus dem Kultusministerium ist „im Auftrage gez. Bartsch" an sämmtliche königliche Regierungen unterm 17. Jan. folgender Cirkular-Erlaß ergangen:

„Die königl. Regierung veranlasse ich, so schleunig wie möglich die Höhe der von den katholischen (nicht altkatholischen) Einwohnern des dortigen Bezirks aufzubringenden Staatseinkommensteuer unter Zugrundelegung der Veranlagung für 1. April 1897/98 festzustellen und mir in einer Summe anzuzeigen. Von einer Rückfrage bei den katholischen Geistlichen oder Gemeindeorganen ist dabei abzusehen. Es kommt mir nicht darauf an, zu erfahren, welche Steuerbeträge auf die einzelnen katholischen Kirchengemeinden entfallen, sondern nur darauf, den Gesammtbetrag der von den Katholiken zu zahlenden Staatseinkommensteuer festzustellen."

Die „Köln. Volksztg." vermuthet, daß diese Erhebungen der Regierung Material gegenüber den Paritätsbeschwerden des Centrums verschaffen sollen.

* Nach dem dem Abgeordnetenhause zugegangenen Bericht über die Bauausführungen und Beschaffungen der Eisenbahn-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18980131012/fragment/page=0001

verwaltung während des Zeitraumes vom 1. Oktober 1896 bis dahin 1897 belief sich die Summe der für Eisenbahnbauten und Beschaffungen auf Grund von Gesetzen und extraordinären Geldbewilligungen noch zur Verfügung stehenden Mittel Ende September 1897 auf 405,1 Millionen Mark, wovon 404,9 Millionen auf Bauten und Beschaffungen für Rechnung von Staatsfonds, mit Ausschluß des Baufonds der in das Eigenthum des Staates übergegangenen früheren Privateisenbahnen entfielen. Von der letzteren Summe stellten 343,2 Millionen Bewilligungen durch besondere Gesetze und 61,7 Millionen Bewilligungen durch das Extraordinarium des Etats der Eisenbahnverwaltung dar.

* Zu der kürzlich unter unseren „Provinzialnachrichten" gebrachten Meldung, daß einem Lokomotivführer wegen Verhütung eines unabsehbaren Eisenbahnunfalls eine Belohnung von zwei Mark ausgezahlt worden sei, wird einem berliner Blatte aus höheren Eisenbahnkreisen mitgetheilt, so wie der Fall geschildert sei, könne er sich nicht zugetragen haben. Das Blatt schreibt:

„Schon seit zehn Jahren seien vom Minister die Eisenbahndirektionen ermächtigt, in Fällen der Abwendung einer Lebensgefahr die Bahnbediensteten, Beamte wie Arbeiter, zu belohnen, und zwar mit Geldbeträgen bis zu 300 Mark. Höhere Sätze bedürften der Genehmigung des Ministers, Anträgen dahin sieht er gern entgegen. Im vorigen Jahre hat Minister Thielen die Eisenbahnbehörden angewiesen, von der ertheilten Befugniß in Bezug sowohl auf die Höhe der Belohnung als auch auf die Zuerkennung ausgiebigen Gebrauch zu machen. Es wird uns zugleich eine Nummer des Amtsblattes der Direktion Essen vorgelegt, woraus zu ersehen ist, daß vier Eisenbahnbedienstete „in Anbetracht der in Gefahr bewiesenen Umsicht und Entschlossenheit" Belohnungen von 50 bis 100 Mark zuerkheilt wurden."

Es war der Lokomotivführer Hotang, der am 13. Dezember zwischen den Stationen Torgau und Mockrehna einen Schienenbruch bemerkte und durch sein entschlossenes Handeln großes Unglück verhütete. Vielleicht wird der Eisenbahnminister nun trotz des Fehlens eines Antrages, dem er gern, aber vergeblich entgegengesehen hat, von seiner Befugniß, höhere Belohnungen zu erkennen, „ausgiebigen" Gebrauch machen.

* Für die preußischen Staatsbahnen ist die Herabsetzung der Schiffbauentarife genehmigt worden. Das ist ein in wirthschaftlicher und nationaler Beziehung bedeutsamer Erfolg für unsere heimische Arbeit, da die Lieferung des in Deutschland benöthigten Schiffbaueisens bisher überwiegend dem Auslande hat überlassen werden müssen. Der Bedarf der deutschen Schiffsbauanstalten an Eisen wurde bisher in großem Umfange in England gedeckt, dessen Industrie sowohl zu einer billigeren Lieferung in der Lage, als auch namentlich auf eine schnellere Herstellung jedes Bedarfs eingerichtet war. Der Verein deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller stand seit mehr als Jahresfrist in Verhandlungen mit führenden Werften und Eisenwerken darüber, wie die Deckung des Bedarfs der Schiffswerften durch die heimische Industrie zu erreichen wäre. Sie erschien nur möglich durch dienstliche Ermäßigung der Eisenpreise, durch Opfer der Werften und durch Tarifmaßregeln der Eisenbahnverwaltung. Die Industrie hat sich durch Bildung eines Verbandes deutscher Grobwalzwerke stark gemacht, die Lieferung des Schiffbaueisens den Bedürfnissen der Werften entsprechend gewährleisten zu können. Es erübrigte schließlich noch der für das Gelingen des Werks unentbehrliche dritte Faktor, die entsprechende Bemessung der Eisenbahntarife. Die Maßregel ist jetzt seitens der preußischen Staatsbahnverwaltung getroffen worden.

* Die „Tgl. Rdsch." verzeichnet Mittheilungen über eine geplante Aenderung im Fernsprechwesen, die, wenn sie sich bestätigen sollte, viele Unruhe hervorrufen dürfte. Es handelt sich danach um einen angeblichen Plan der Reichspostverwaltung, daß von jetzt ab bei den neu einzurichtenden Fernsprechstellen nur noch Apparate mit einem Fernhörer verwendet werden sollen, während der zweite Hörer, wenn der Theilnehmer einen solchen zu haben wünscht, mit 10 M. bei der Postbehörde bezahlt werden muß. Diese Nachricht hat begreiflicherweise in den Kreisen der „Angeschlossenen" große Entrüstung hervorgerufen. Die Theilnehmer erklären aufs bestimmteste, daß auch der zweite Hörer durchaus zu dem Apparat gehöre und ein Apparat mit nur einem Hörer unvollständig sei, weil es mit nur einem solchen natürlich unmöglich ist, die Ohren gegen von außen kommendes Geräusch in genügendem Maße abzuschließen, und es vielfach namentlich bei Geschäftsleuten nicht durchführbar ist, das Telephon so anzubringen, daß man beim Gebrauch gegen Geräusche geschützt bleibt. Außerdem aber liegt es in der Fernsprechanlagen selbst, daß sehr häufig ein Verstehen ohne Zuhilfenahme auch des zweiten Hörers gerade zu unmöglich ist. Die Absicht einer solchen Neuerung erregt um so mehr Aufsehen, als der Staatssekretär von Podbielski versprochen hat, das Fernsprechwesen zu verbilligen, so daß man sich nicht erklären kann, wie die Reichspostverwaltung auf diesen Gedanken überhaupt hat kommen können. — Uns selber erscheint die ganze Meldung vorderhand noch sehr unglaubwürdig.

* Bei den Konferenzen, die im Oktober v. J. im Reichspostamt stattfanden, ist u. a. die Frage der Abholung von Postsendungen aus Privatbriefkästen erörtert worden. Der „D. Verkehrs-Ztg." zufolge sind jetzt bei der Reichspostverwaltung Erwägungen im Gange, das Verfahren zur praktischen Durchführung zu bringen, wenn sich in den betheiligten Kreisen Interesse dafür zeigt. Das Blatt bemerkt dazu: So viel wir wissen, besteht das Verfahren schon jetzt mit den Gerichtsbehörden in Berlin. In den Dienstgebäuden dieser Behörden sind auf deren Antrag 10 Briefkästen aufgestellt worden, die werktäglich fünfmal geleert werden. Die durch die Leerungen entstandenen Kosten werden alljährlich von der Gerichtskasse eingezogen. Selbstverständlich wäre es im Falle der beabsichtigten Ausdehnung des Verfahrens zu umständlich, die wirklich entstandenen Kosten in Berechnung zu bringen; vielmehr könnte — ebenso wie in England — lediglich die Zahlung fester Vergütungen in Betracht kommen.

* Vor der Strafkammer in Paderborn standen am Dienstag ein Heizer und ein „Reserve-Hilfs-Weichensteller," beide wegen „Gefährdung eines Eisenbahntransportes," und zwar weil im September v. J. ein von dem Heizer geführter Zug über das Ziel hinausgefahren war, wobei der „Reserve-Hilfs-Weichensteller" die Bremse bediente. Beide wurden dem Antrage des Vertheidigers entsprechend kostenlos freigesprochen. Der Heizer hat bereits vor 11 Jahren seine Prüfung bestanden, ist gerichtlich unbestraft und noch immer Heizer. Der „Reserve-Hilfs-Weichensteller" ist eigentlich ein Rottenarbeiter, der gelegentlich als Weichensteller verwendet wird und zu dem Zwecke ein sog. „formloses Examen" gemacht hat. Als Heizer that auf dem Zuge ein noch geprüfter Hilfsheizer Dienst. Bemerkungen dazu sind überflüssig.

* Zum Ersten Bürgermeister von Osnabrück wurde der bisherige Stadtsyndikus Betekamp, früher eine Zeit lang Mitglied des Abgeordnetenhauses, gewählt.

* In Schöneberg haben 135 Gemeindebeamte, die Hälfte aller im Gemeindedienst angestellten Personen, am 28. Januar von dem Gemeindevorsteher Schmock die Kündigung erhalten. Diese Maßnahme, die dadurch begründet wird, daß die Landgemeinde Schöneberg am 1. April eine Stadtgemeinde wird, hat in der betheiligten Beamtenschaft hochgradige Erregung hervorgerufen. Die Beamten, von denen der größte Theil Familie besitzt, sind durch die ihnen unerwartete Kündigung in die schlimmste Lage versetzt, weil sie nicht wissen, ob sie durch den erst zu wählenden Magistrat wieder zur Anstellung kommen. Die Beamten wollen daher an den Landrath Stubenrauch eine Beschwerde richten.

* Das „B. Tgbl." verzeichnet in Königsberg umlaufende Gerüchte, die sich auf ein Duell beziehen, das zwischen dem Oberpräsidenten Grafen Wilhelm v. Bismarck und dem Oberpräsidialrath Dr. Maubach stattgefunden habe. Das Duell, bei welchem der Oberpräsidialrath Dr. Maubach verwundet worden sei, soll seine Ursache in persönlichen Zwistigkeiten gehabt haben, welche auch die Veranlassung zu der bereits gemeldeten Versetzung des Oberpräsidialraths nach Berlin gewesen seien.

Volkswirthschaftliches.

* Mit dem Plane einer Ablösung der Apothekenwerthe geht die preußische Regierung der „Pharm. Ztg." zufolge jetzt ernstlich um. Das Blatt erfährt, daß sämmtlichen preußischen Apothekern durch die Regierungs-Medizinalräthe Ablösungsvorschläge, wie sie vom Ministerium geplant sind, zur Meinungsäußerung unterbreitet werden sollen. Das Fachorgan spricht von einem Ankauf der Apotheken mittels 4proz. Papiere, wovon 3 Proz. für Verzinsung und 1 Proz. für Amortisation gerechnet werden sollen. In einem Zeitraum von 50 Jahren soll alles abgelöst sein.

* Auch die Schiffahrt glaubt für dieses mal nicht mehr an den Winter. Die großen Gesellschaften, die den Verkehr zwischen Berlin und Hamburg besorgen, haben an ihre Kundschaft bereits Rundschreiben gerichtet, nach denen der Eilgüterverkehr schon heute (Montag) in vollem Umfange wieder aufgenommen wird. Auch die Schleppkähne werden ihre regelmäßigen Fahrten bald wieder aufnehmen; lange hat die Schiffahrt überhaupt nicht geruht, weil die Seen nur wenige Tage Eis hatten, wenn auch der Stückgutsverkehr eingeschränkt war.

* Vom Handelsminister waren die Herren Fabrikbesitzer W. Hahne und P. Engel auf Grund des § 4 des Börsengesetzes als Vertreter der Rohzuckerindustrie zu Mitgliedern des Vorstandes der Rohzuckerterminbörse zu Magdeburg ernannt worden. Die beiden Vertreter wollten dieser Tage ihre Funktionen auszuüben beginnen, sind aber von den Aeltesten der Kaufmannschaft daran verhindert worden, weil sie nicht im Besitz einer „Börsenkarte" waren. Die Aeltesten verlangen nämlich von denselben die Zahlung der Gebühren, zu deren Entrichtung die Börsenbesucher verpflichtet sind, welche die Börse benutzen, um dort Geschäfte zu machen, während die vom Minister ernannten Vorstandsmitglieder der Börse in die Börsenräume kommen, um die ihnen amtlich übertragenen Funktionen auszuüben, also um an der Ueberwachung der Börsengeschäfte theilzunehmen. Die „Deutsche Zuckerindustrie" nimmt an, daß der Minister den Standpunkt vertritt, die ernannten Vorstandsmitglieder seien nicht zur Zahlung der Gebühr verpflichtet, und man darf daher gespannt darauf sein, wie sich die Meinungsdifferenz lösen wird.

* Der landwirthschaftliche Centralverein für die Provinz Hannover hat die Einführung von Getreidepreis-Notirungen beschlossen. Von den acht landwirthschaftlichen Hauptvereinen sollen in jedem Kreise 15—30 Vertrauensmänner zur Ermittelung der bei Verkaufsabschlüssen von den Landwirthen erzielten Getreidepreise aufgestellt und dreimal wöchentlich den öffentlichen Blättern der Provinz zugänglich gemacht werden.

Soziale Angelegenheiten.

* Bekanntlich werden von dem Kaiser in Gemeinschaft mit der Kaiserin aus Veranlassung der Feier der goldenen Hochzeit würdigen, einer Unterstützung nicht bedürftigen Ehepaaren silberne Jubiläumsmedaillen verliehen. Im Laufe des Jahres 1897 haben 1195 solcher Verleihungen stattgefunden; dieselben vertheilen sich auf die einzelnen Provinzen wie folgt: Ostpreußen 31, Westpreußen 40, Pommern 99, Brandenburg mit Berlin 159, Sachsen 161, Posen 43, Schlesien 134, Westfalen 105, Rheinprovinz 178, Schleswig-Holstein 44, Hannover 94, Hessen-Nassau 77.

Arbeiterbewegung.

* Die Verhandlungen des Einigungsamtes des Gewerbegerichts zu Berlin in Sachen des Schuhmacherstreiks fanden am Sonnabend abend ihren Abschluß. In den Einigungsvorschlägen, die das Einigungsamt um 6 Uhr abends verkündete, heißt es: „Nachdem die Bevollmächtigten der Arbeitgeber es abgelehnt haben, heute bereits über den Arbeitsnachweis zu verhandeln, erklärt es das Einigungsamt für wünschenswerth, daß die Parteien in Bälde über die streitigen Punkte des Arbeitsnachweises in Verhandlungen treten. Nach dem Vergleich ist den Arbeitnehmern das Sammeln von Geldern während der Arbeitszeit verboten, doch sind ihnen andererseits Zugeständnisse gemacht." Beide Parteien erklärten sich, vorbehaltlich der Zustimmung ihrer Auftraggeber, mit dem Vergleich zufrieden. Hiermit ist der Streik bis auf Weiteres beigelegt. Die Arbeiter wollen sich mit den Fabrikanten sofort in Verbindung setzen, um Sitz und Stimme im Arbeitsnachweis zu erhalten. Sollte ihnen dies nicht zugebilligt werden, so wollen sie das Einigungsamt nochmals anrufen.

Schule und Kirche.

* In Schleswig-Holstein wurde vor einigen Monaten durch Regierungsreskript die Einführung des Religionsunterrichts in Fortbildungsschulen empfohlen. Jetzt ergeht von dem Regierungspräsidenten in Kiel ein Rundschreiben an die betheiligten Organe, in welchem über die Weise des neuen Unterrichtsgegenstandes Bericht gefordert wird. Unter anderen wird die Angabe der Gründe verlangt, falls in Fortbildungsschulen kein Religionsunterricht ertheilt wird. Hat es, lautet eine Frage, insbesondere an einer Anregung oder an Entgegenkommen gefehlt? Man wird nicht fehlgreifen, wenn man diese Umfrage auf die Einwirkung des jetzigen Oberpräsidenten, des Herrn v. Köller, zurückführt.

Heer und Marine.

* Wegen des Abschlusses von Verträgen hat der Kriegsminister bestimmt: In alle Verträge, welche von Truppen und Kommandobehörden mit Unternehmern abgeschlossen werden, sind Angaben darüber aufzunehmen, ob die Lieferung bezw. Leistung dem Unternehmer freihändig oder auf Grund eines vorangegangenen öffentlichen oder beschränkten Verdingungsverfahrens übertragen wird, und ob im letzteren der Unternehmer der Mindestfordernde war.

Kolonialles.

* Der für den Tanganyika bestimmte Dampfer „Hedwig von Wissmann" wird am 2. März nach Ostafrika abgehen, um den Sambesi- und Schirefluß aufwärts an seinen Bestimmungsort zu gelangen. Die Dampferfahrten haben eine wesentliche Erweiterung erfahren, indem jetzt jeden Monat zwei Dampfer durch den Suezkanal nach Ostafrika gehen und dadurch eine bedeutend schnellere Zuführung aller Frachtgüter usw. nach Afrika ermöglicht ist. Außer diesen Dampferfahrten ist den Suezkanal läßt die Ostafrikalinie auch jeden Monat einen Dampfer um die Westküste Afrikas fahren und beherrscht somit zum größten Theil allen Verkehr mit dem schwarzen Erdtheil.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Kaiser Franz Josef begab sich Sonntag früh nach der Gruft in der Kapuzinerkirche und verrichtete ein Gebet an dem Sarkophage des Kronprinzen Rudolf. Im Laufe des Vormittags empfing der Kaiser den ungarischen Ministerpräsidenten Baron Banffy in einstündiger Audienz.

Sonntag nachmittag hatten, wie die „Budapester Korrespondenz" meldet, die in Wien eingetroffenen ungarischen Minister Lukacs und Daranyi eine Unterredung mit den österreichischen Ministern Baron Gautsch, v. Böhm-Bawerk und Körber in der Angelegenheit des Ausgleiches. Die beiden Finanzminister werden heute die Verhandlungen fortsetzen.

Zu dem Akademikertage in Leitmeritz waren am Sonnabend 800—900 Theilnehmer eingetroffen, welche vom Bahnhofe im Zuge sich auf den Ringplatz begaben und dort vom Bürgermeister Dr. Funke mit einer Ansprache bewillkommnet wurden, in der er auf die Bedeutung der zu fassenden Beschlüsse für die Zukunft der deutschen Hochschulen hinwies und die Studenten der Unterstützung der deutschen Abgeordneten versicherte. Sodann nahm der Rektor der deutschen Universität in Prag, Professor Ulbrich, das Wort, um für den herzlichen Empfang zu danken. In der Versammlung des Akademikertages, welche um 3 Uhr begann und in deren Verlaufe mehrere Studenten, darunter ein Reichsdeutscher, und einige Professoren das Wort nahmen, wurden zwei Resolutionen beschlossen, deren erste die sofortige Verlegung der deutschen Hochschulen in eine Stadt im deutschen Gebiete Böhmens fordert. In Prag sei bis zur vollendeten Verlegung auszuharren, falls den Studenten ihre Rechte zurückgegeben und gewahrt würden. Die zweite Resolution geht dahin, die Vorlesungen in Prag nicht zu besuchen, falls nicht bis heute mittag das Verbot des Farbentragens aufgehoben sei.

Am Sonntag wurde dann in Leitmeritz der Deutsche Volkstag unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dr. Funke abgehalten; es nahmen daran zahlreiche Bürgermeister der umliegenden Städte und unter anderen auch der Abgeordnete Wolf theil. Es wurde ein Beschlußantrag angenommen, in welchem von der Regierung die Gewährleistung vollen Schutzes für die uneingeschränkte persönliche Freiheit, sowie für die statutarisch festgestellten akademischen Rechte und Freiheiten der deutschen Hochschulen in Prag gefordert wird. Ferner wurde unter Hinweis auf die Angriffe, denen die deutschen Hochschüler in Prag von seiten der tschechischen Bevölkerung ausgesetzt seien und welche eine Verlegung der deutschen Hochschulen in den Bereich des deutschen Sprachgebietes Böhmens erforderlich machten, die Zustimmung zu den Beschlüssen des Akademikertages ausgesprochen.

Dem „Prager Abendblatt" zufolge äußerte der Statthalter Graf Coudenhove am Freitag gegenüber einer Deputation von Professoren der deutschen Universität und der technischen Hochschule, das Verbot des Farbentragens werde voraussichtlich mit Schluß des Landtages aufgehoben werden können. Er erwarte, daß die Professoren im eigenen Interesse der Hochschulen und der Studirenden die Letzteren von unbesonnenen Schritten zurückzuhalten bestrebt sein würden.

Einer Meldung der „Politik" zufolge soll Böhmen in 120 rein tschechische und 79 rein deutsche, sowie in 21 gemischtsprachige Bezirke eingetheilt werden.

Im ungarischen Abgeordnetenhause interpellirte am Sonnabend der Abg. Oskar Meltzl den Handelsminister und fragte, ob es wahr sei, daß Eisenbahn-Oberbeamte auf die untergeordneten Beamten einen Einfluß ausübten, um ihre Namen magyarisiren zu lassen, wie dies unter der sächsischen Bevölkerung vorgekommen sein solle. Der Interpellant hofft, daß die Regierung dieser Aktion fernstehe. Es fordert deshalb amtliche Aufklärung und stellt die Frage, ob der Minister geneigt sei, solchen Mißbrauch von seiten der Oberbeamten, falls er begangen werden sollte, sofort abzustellen.

Frankreich.

Die Kommission der Deputirtenkammer, welche den Antrag auf Strafverfolgung gegen Bernis und Gerauld-Richard wegen der Vorfälle vom letzten Sonnabend zu prüfen hatte, hat sich einmüthig gegen die Verfolgung der Genannten ausgesprochen.

Bei Gelegenheit des Festes zu Ehren Karl's des Großen schaarten sich in Paris einige Hundert Gymnasiasten am Sonnabend nachmittag hinter der Madeleine-Kirche zusammen, um gegen Zola eine Kundgebung zu veranstalten. Sie wurden von der Polizei zerstreut. Ungefähr dreißig wurden verhaftet, weil sie sich weigerten, weiterzugehen.

In Bordeaux hielt Millevoye am Sonnabend eine gegen die Dreyfus-Affäre gerichtete Versammlung ab; er setzte die allgemeine Weltlage auseinander und wandte sich heftig gegen die Juden. Die Dazwischenkunft von Anarchisten und Sozialisten rief einen gewaltigen Tumult hervor. Ein Anarchist wurde blutüberströmt hinausgeworfen. Der Kommissar hob die Versammlung auf.

Bonnaut, Mitglied des Staatsrathes, ist zum Generaldirektor der Zölle ernannt worden.

In Roanne (Dep. Puy-de-Dôme) hielt am Sonntag bei einem ihm zu Ehren veranstalteten Festmahl der Deputirte Bourgeois eine Rede, in der er die Gründe seiner Gegnerschaft gegen die Regierung auseinander setzte. Er bestritt zunächst, daß er die republikanische Partei entzweien wolle; vielmehr wolle er die Vereinigung auf demokratischem Boden. Sodann entwickelte Bourgeois sein Programm der Verfassungsrevision und der Schaffung eines Einkommensteuersystems, wobei er die Forderung der Gleichheit der sozialen Lasten aufstellte. Er berief sich auf das Beispiel der monarchischen Länder, bei denen die Einkommensteuer in Geltung ist, und erinnerte daran, wie die Adeligen und Reichen 1789 ihre Privilegien aufgegeben hätten. Redner rechtfertigte sodann die Haltung der Radikalen in der Dreyfusangelegenheit; er sagte, daß sie gegen die Regierung stimmten, weil diese der die Vaterlandsfreunde betrübenden Campagne ein kurzes Ende hätte bereiten können. Die Radikalen hätten die Armee über jede Diskussion stellen wollen. Sie wollten, setzte er hinzu, die religiöse Duldung. Endlich wandte sich Bourgeois scharf gegen die Gemäßigten, welche mit den Konservativen zusammengehen, und trank schließlich auf die republikanische Auvergne.

Großbritannien und Irland.

In einer am Sonntag in Birmingham gehaltenen Rede erklärte der Staatssekretär der Kolonien Chamberlain, die hauptsächlichste Gefahr für den britischen Handel wäre eine allmälige Abschließung solcher Märkte, die früher für alle Welt frei gewesen wären. Die britische Politik müsse die englischen Besitzungen vertheidigen und verlangen, neue Märkte, wo immer solches möglich, zu erschließen sowie zu verhindern, daß alte Märkte zu Ungunsten Englands verschlossen oder in ausschließliche Monopole irgend eines einzelnen Staates umgewandelt würden. Im gegenwärtigen Augenblicke schwebe eine solche Politik über dem Haupte Englands wie ein Damoklesschwert in Westafrika und China. Mit Bezug auf die Kolonien an der Goldküste und in Lagos sagte Chamberlain, die britischen Ansprüche auf deren Hinterland, welche Großbritannien durch Verträge für genügend und zuverlässig ver-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18980131012/fragment/page=0002

bürgt gehalten hätte, würden jetzt bestritten, und Landschaften, welche Großbritannien zu seinem Eigenthum gerechnet habe, würden von anderen überlaufen und überschwemmt. Die England anhängenden Häuptlinge seien abgesetzt oder getödtet worden, andere wendeten sich nunmehr an England um Schutz. England blicke nicht mißgünstig auf die Ausdehnung der Reichsnachbarn, es verlange nur Achtung für sein Recht. Mit Bezug auf China wünsche England, daß, was immer für neue Vortheile dort gewonnen werden würden, dieselben allen in gleicher Weise offen stehen sollten. Chamberlain glaubt, daß alle handeltreibenden Mächte im allgemeinen in dieser Politik übereinstimmen. England habe nicht den Wunsch, das chinesische Reich zu zerbrökeln, es wünsche vielmehr, daß die vorhandenen Verträge und Rechte aufrecht erhalten werden.

Italien.

In Rom ist die für den gestrigen Sonntag angekündigte sozialdemokratische Kundgebung zu Gunsten der Aufhebung der Getreidezölle unterblieben, nachdem am Sonnabend die Polizeibehörde bekannt gegeben hatte, daß im Einvernehmen mit dem Präfekten für den folgenden Tag jede Versammlung, jede Ansammlung und jede öffentliche Kundgebung verboten sei, und in der Deputirtenkammer der Ministerpräsident erklärt hatte, daß die Ordnung mit aller Strenge aufrecht erhalten werden würde. Die Stadt bot gestern den Tag über bei prächtigem Wetter das gewohnte belebte Bild eines Sonntags. Die Läden waren wie gewöhnlich am Sonntag bis Mittag geöffnet.

Schweden.

Der König wohnte Sonnabend abend der Jahresfeier des Schwedischen Journalisten-Vereins in Stockholm bei. In seiner Antwort auf die Begrüßungsansprache betonte er, daß dasjenige Land unschätzbare Vortheile besitze, welches eine lange ruhige und konsequente Entwicklung auf der Basis gesetzmäßiger Freiheit durchmacht, wie das schwedische Vaterland. Ein solches Volk sei würdig, eine freie Presse zu haben, es vermöge seine vielseitigen Kräfte zu benutzen und habe Mißbräuche derselben nicht zu fürchten. Er hege den Wunsch, daß die Wirksamkeit der schwedischen Presse sich immer des Volkes würdig zeigen möge, und danke herzlich für die Einladung.

Türkei.

Die athener Telegraphenagentur verbreitet eine aus Larnia stammende Nachricht, nach welcher Seifullah Pascha mit seinen Truppen bei der Steuerbeitreibung in Lagarina bei Trikkala in Thessalien von den Bauern mit Flintenschüssen empfangen worden sei. Wie es heißt, verweigern die Bauern die Steuerleistung.

Serbien.

König Milan ist, begleitet vom Justizminister und vom Unterrichtsminister, in Vertretung des Königs nach Branja abgereist, um an der feierlichen Begehung des 20. Jahrestages der Befreiung Serbiens theilzunehmen. Er fühlt sich also wieder ganz als Herr im Lande.

Griechenland.

Das Blatt „Asty" veröffentlicht eine Unterredung, in der erklärt wird, daß General Smolenski sich aus dem ersten Theil des Berichts des Kronprinzen über den Feldzug in Thessalien, welcher dem Ministerium unterbreitet ist, überzeugt habe, daß die Urheber dieses Berichts diejenigen sind, die während des Krieges dem Kronprinzen so schlechte Rathschläge gegeben haben. Deshalb habe Smolenski beschlossen, die erforderlichen Erklärungen herbeizuführen über diejenigen Theile des Berichts, von denen er annehme, daß sie sich von der strikten Genauigkeit entfernen oder nur unvollständige Darstellungen geben. — Die von dem früheren thessalischen Generalstab inspirirten Blätter greifen Smolenski heftig an, die große Mehrheit der Presse vertheidigt jedoch den General. Die ganze Affäre geht auf den Zwischenfall in Olympa zurück, als die Befehle des Kriegsministers an General Smolenski in Widerspruch standen mit den vom Kronprinzen ausgegangenen Befehlen. Die Vorgänge erregen die öffentliche Meinung und rufen besonders in militärischen Kreisen große Bestürzung hervor.

Asien.

An der indischen Grenze haben die Engländer eine neue Schlappe erlitten. Nach einer in Kalkutta vom General Westmacott eingegangenen Depesche gerieth die vierte Brigade der englisch-indischen Truppen am Sonnabend in einem Engpasse im Afridilande in einen Hinterhalt. Fünf englische Offiziere und acht Mann sind gefallen, zwei Offiziere und 17 Mann verwundet worden, weitere 17 Mann werden vermißt. Die Brigade war auf dem Wege, sich mit den übrigen Brigaden zu vereinigen, um die Eingeborenen von den Weideplätzen auf der Kajuri-Ebene zu vertreiben. Diese Vereinigungsbewegung war, wie eine weitere Depesche meldet, von den anderen Brigaden, beinahe ohne daß sie auf Widerstand gestoßen waren, bereits durchgeführt worden.

Mittel- und Südamerika.

Aus Haïti kommen wieder schlechte Nachrichten. In der Nacht vom 9. auf den 10. Januar hat man versucht, die Privatwohnung des Grafen Schwerin in Brand zu stecken. Es liegt eine regelrechte Brandstiftung vor. Das ganze haïtianische Gouvernement ist auf den Beinen und in größter Aufregung. Ueber die Einzelheiten dieser Brandstiftung theilt man der „Post" folgendes mit:

Man hatte die Treppe und Gallerie, welche die Wohnung des Grafen mit dem hinter dem Hause liegenden Garten verbinden, mit Petroleum angestrichen und angezündet. Dann stellte man in einem Keller, der unter der vorderen Treppe und Gallerie sich befindet, einen großen mit Federn gefüllten Korb, der ebenfalls mit Petroleum getränkt war. Auf diese Art wäre dem Grafen und der Gräfin jeder Ausgang aus dem Hause versperrt worden und nur Rettung durch die Fenster aus der ersten Etage möglich gewesen. Zum Glück erhob sich der beim Grafen bedienstete Bursche, als er um 3 Uhr nachts Geräusch und Knistern hörte, sah den Feuerschein und weckte sofort den Grafen und seine Gemahlin, deren vereinten Anstrengungen es, Gott sei Dank, gelang, den Brand zu löschen. Die ganze Angelegenheit der Brandstiftung zeugt von einer Bübereі, die ihresgleichen sucht.

Ob die Angelegenheit zu diplomatischen Verwickelungen führen wird, ist noch nicht zu sagen. Für alle Fälle liegt auf der Rhede S. M. S. „Geier." Es ist noch unbestimmt, welche Schritte Graf Schwerin unternehmen wird. Es dürfte jedenfalls nothwendig werden, daß man in seine Privatwohnung und eventuell auch in die deutsche Legation eine Wache des deutschen Kriegsschiffes legt, um solchen Bubenstreichen vorzubeugen.

Ueber die Wirren auf Kuba wird aus Havanna vom Sonntag gemeldet, die Aufständischen hätten das von Militär nicht besetzte Dorf Veras überfallen und mehrere Bauern verwundet. Ferner brachten die Aufständischen bei Soledad einen Feldbahnzug zum Entgleisen, wobei 5 Personen verletzt wurden. — Der Führer der Aufständischen, Torres, soll sich unterworfen haben.

In der Republik Bolivia sind die Unruhen noch immer nicht unterdrückt. Eine Depesche aus Lima meldet nämlich, daß nach einer Nachricht aus La Paz in dieser Stadt der Belagerungszustand proklamirt sei; Zoilo, Flores und andere hervorragende Mitglieder der Opposition seien verbannt.

Provinzialnachrichten.

□ **Nordhausen**, 30. Jan. [Stadtgeschichtliche Veröffentlichungen.] Als im Jahre 1802 in unserer Stadt die freireichsstädtische Herrlichkeit ein Ende hatte und Nordhausen an die Krone Preußen überging, trat hier die „Königlich Preußische zur Interims-Verwaltung und Organisirung des Eichsfeldes wie auch der Städte Nordhausen und Mühlhausen verordnete Kommission" in Thätigkeit. Ihr lag es ob, der damaligen preußischen Regierung in Heiligenstadt ein bis in alle Einzelheiten genaues Bild aller städtischen Verhältnisse zu geben, und so für die Ueberleitung aus den alten in die neuen Verhältnisse eine feste Grundlage zu schaffen. Die Ergebnisse der umfassenden Arbeiten dieser Kommission lagern in zahlreichen Bänden bei der Regierung in Erfurt. Sie enthammen meist der ungemeinen Thätigkeit des der Kommission angehörigen Kammerreferendarius Plautz, der denn auch 1803 von Preußen hierfür zum Stadtdirektor unserer Stadt ernannt wurde. Jetzt geht man allmälig daran, einen Blick in jene Plautz'schen Arbeiten zu ermöglichen. Der Stadtbibliothekar Heineck hat dies unternommen, und die Regierung in Erfurt hat aus ihrem Archive alles nöthige zur Verfügung gestellt. Den Anfang der Veröffentlichungen auf diesem Gebiete machte neulich der Kämmereietat der Reichsstadt Nordhausen kurz vor ihrem Aufgehen in Preußen. Jetzt hat nun Herr Heineck auch die im Regierungsarchive befindliche „Ichnographie der sämmtlichen Straßen und Häuser von Nordhausen," gefertigt 1803 bis 1805 durch Senator Seidler, zu Vervielfältigungszwecken abgezeichnet. Weitere Arbeiten werden folgen, so daß schließlich ganz genau zu übersehen ist, wie es bei uns vor 100 Jahren aussah.

× **Nordhausen**, 30. Jan. [Neue Gebäudesteuerordnung?] Der hiesige Hausbesitzerverein hat dem Magistrat den Antrag zugehen lassen, für hier eine selbständige Gebäudesteuerordnung zu erlassen, nach der auf den Gebäuden lastende Schulden, die man für Nordhausen auf durchschnittlich 75 Proz. des Werthes der Häuser beziffert, sowie die Ausfälle durch zeitweises Leerstehen von Wohnungen steuerermäßigend in Betracht gezogen werden. Da wir infolge Erhöhung der Lehrergehälter um rund 35,000 M., infolge Aufnahme der neuen Anleihe zu Schulbau-, Eisenbahn- usw.-Zwecken und infolge mancher anderen Ursachen vor einer nicht unwesentlichen Steuererhöhung stehen, sind die Antragsteller selbst nicht sonderlich zuversichtig betreffs der derzeitigen Aussichten ihres auf Steuerermäßigung abzielenden Antrages. In denjenigen Kreisen der Bürgerschaft aber, die dem Hausbesitzervereine nicht angehören, ist man angenehm davon berührt, daß die Mitglieder des letzteren gerade jetzt, wo es für die Allgemeinheit gilt, unabwendbare neue Lasten zu übernehmen, von sich Lasten abzuwälzen trachten.

St. **Vom Brocken**, 29. Jan. [Witterung.] Die allgemeine Luftdruckverteilung hat sich in den letzten Tagen wenig geändert; zwar ist das Barometer noch weiterhin gestiegen und hat heute sogar den ganz abnorm hohen Stand von 675 mm erreicht, doch hat andererseits die im Osten von uns belegene tiefe Depression ihren Einfluß empfindlicher zur Geltung gebracht, so daß noch wie vor in der Niederung trübes und mildes Wetter bei mäßiger Luftbewegung aus dem westlichen Quadranten, auf dem Brocken aber starke, zeitweise stürmische Westwinde mit ununterbrochenem dichten Nebel und häufigen Niederschlägen andauern. Vorgestern abend erhob sich das Thermometer von gelindem Frost ein wenig über den Gefrierpunkt und hielt sich so den ganzen gestrigen Tag; der vorgestern tagsüber fallende Schnee ging deshalb in leichten Sprühregen über, welcher den ganzen gestrigen Tag anhielt; während dieser Regen auf der Brockenkuppe eine wesentliche Verminderung der Schneedecke nicht herbeiführte, ließ er in den Thälern, wo er früher begann und wegen der dort größeren Mächtigkeit der weit unter Brockenhöhe hinab reichenden regnenden Wolke stärker wie auch wärmer auftrat, den Schnee bis auf geringe Reste verschwinden, und nachdem noch vorgestern gemeldet werden konnte, daß der Abtieg vom Brocken nach den nächstgelegenen Ortschaften auf Schneeschuhen bewerkstelligt werden konnte, so hört heute diese Möglichkeit bereits in 600 Metern Höhe schon wieder auf. Das Thermometer ist heute wieder unter den Gefrierpunkt, im ganzen bis auf —5° gefallen; der Niederschlag hat aufgehört, bei abflauendem Westwind und weiter sinkender Temperatur macht sich heute abend Neigung zum Aufklaren bemerklich.

* **Erfurt**, 28. Jan. [Die plötzliche Suspendirung] des hiesigen Realgymnasiallehrers Dr. Freiherr von Wangenheim von seinem Amte erregt sehr viel Aufsehen. Veranlassung zu der Maßnahme ist eine umfangreiche Beschwerde geweien, die Dr. v. W. gegen seinen Direktor Prof. Zange beim Provinzial-Schulkollegium einreichte und in der er diesem alle möglichen Verfehlungen vorwark. Freiherr v. Wangenheim ist als Führer der Konservativen des Wahlkreises weiten Kreisen bekannt; seine politische Thätigkeit soll nach der „Dorfztg." nicht im Einklang mit seiner Schulthätigkeit gestanden haben, daher die Differenzen.

K. **Erfurt**, 30. Jan. [Verhängnißvoller Leichtsinn.] Als vorgestern die zwei und vier Jahre alten Töchterchen eines in der hiesigen Schwade'schen Dampfpumpenfabrik beschäftigten Arbeiters in das Souterrain des Hotels „Römischer Kaiser" schauten, um einem an der Dampfheizung thätigen Manne zuzusehen, ergriff ein Kochlehrling eine mutthmaßlich mit Weinsteinsäure gefüllte Flasche und spritzte von dem Inhalte etwas auf die Kinder. Die Kleinen schrien laut auf, denn die Säure hatte die Augen getroffen. Schwer am Sehvermögen geschädigt, wurden die Kinder im katholischen Krankenhause untergebracht.

G **Bitterfeld**, 30. Jan. [Sparverein. — Wilddieberei. Angeschwemmte Leiche.] Die Generalversammlung des hiesigen Spar- und Vorschußvereins setzte für das Jahr 1897 eine Dividende von 6 Proz. fest. — Im Gremminer Waldbezirk ist seit einiger Zeit die Wilddieberei an der Tagesordnung. Der Jagdpächter, Grubenbesitzer L. Bauermeister auf „Deutsche Grube", hat deshalb auf die Ermittelung der Spitzbuben eine Belohnung von 100 M. ausgesetzt. — Bei dem nahen Löbnitz wurde der Leichnam des 12jähr. Paul Köckeritz aus Görschlitz bei Düben aus der alten Mulde gezogen. Der Junge war im Nov. v. J. seinen Eltern davongelaufen und ist jedenfalls selbst in den Tod gegangen.

* **Wittenberg**, 30. Jan. [Reißiger's hundertster Geburtstag.] Morgen vor hundert Jahren wurde in Belzig (bei Wittenberg) Karl Gottlieb Reißiger geboren, ein Musiker, der bei Lebzeiten lange Zeiten in erster Reihe gestanden hat, heute aber, von ein paar Kleinigkeiten abgesehen, zum mindesten ebenso vergessen ist, wie er bei Lebzeiten gefeiert, ja überschätzt worden ist. Seine einst vielgesungenen Lieder („Der Zigeunerbube im Norden," „Die beiden Grenadiere") sind vom Schauplatz abgetreten; selbst unsere Studenten singen wohl nur noch selten „Als Noah aus dem Kasten war;" sein Walzer „Weber's letzter Gedanke" gilt beim großen Publikum allgemein als eine Weber'sche Komposition; seine einst bis zum Ueberdruß, nementlich den Dilettantenkreisen gespielten, glänzenden, aber inhaltleeren Klavier-Trios haben heute selbst im Salon (wohin sie auch gehören) keine bleibende Stätte mehr, und so wurde der Name des einst so viel Gefeierten gänzlich aus dem Gedächtniß der Musikwelt verschwunden sein, wenn nicht unsere Sommerkonzerte noch mitunter die Ouverturen zu seinen Opern „Die Felsenmühle von Estalières," „Libussa," „Turandot," „Adele de Foix," „Der Schiffbruch der Medusa" aufführten und wenn nicht zwei Größere indirekt dafür sorgten, daß sein Name hier und da noch genannt würde. Reißiger war in Dresden als Hofkapellmeister der Nachfolger Karl Maria v. Weber's und später der halbe Vorgesetzte von Richard Wagner. Wie damals (es ist jetzt etwa ein halbes Jahrhundert her) der zu Stellung gelangte Routinier und der genitale Pegasus im Joche an einem Strang gezogen haben und mit welcher Selbstüberhebung Reißiger damals auf den Komponisten des „Rienzi" herabgesehen hat, das ist seither sattsam erörtert worden. In Berlin ist Reißiger, dessen Stern natürlich in Elb-Florenz am hellsten strahlte, als Opernkomponist wenig zu Worte gekommen. Die Kgl. Oper hat nur (1834) seine „Felsenmühle von Estalières" gebracht, die aber nach den üblichen drei Aufführungen vom Spielplan verschwunden ist. Die Singakademie hat 1855 sein Oratorium „David" aufgeführt.

h **Torgau**, 31. Jan. [Der hiesige Landgerichtspräsident Hackel] ist an Stelle des am 8. d. M. verstorbenen Präsidenten de Matzière nach Neu-Ruppin versetzt worden.

+ **Magdeburg**, 30. Jan. [Verlegung der Kesselschmiede.] Der Inhaber der bekannten Lokomobilbauanstalt, Kommerzienrath R. Wolf in Buckau, hat vom Gutsbesitzer Kommerzienrath R. Wolf in Buckau, hat vom Gutsbesitzer Kommerzienrath R. Wolf in Buckau, hat vom Gutsbesitzer Kommerzienrath R. Wolf in Buckau, hat vom Gutsbesitzer Förster in Fermersleben eine zwischen Salbke und Fermersleben an der Chaussee und Eisenbahn gelegene Ackerfläche von etwa 32 Morgen für 180,000 M. angekauft. Wie es heißt, soll auf diesen Plan die Kesselschmiede verlegt werden, die zur Zeit inmitten der Stadt nicht gerade glücklich liegt, da sie mit ihrem unermüdlichen Gehämmere für die Anwohner eine große Unannehmlichkeit bildet.

t. **Aschersleben**, 30. Jan. [Erledigte Bürgermeisterstelle. — Künstliches Eis.] In einer nicht öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten wurde beschlossen, die durch den Tod des zweiten Bürgermeisters Kayser freigewordene Stelle mit einem Juristen, der die Qualifikation eines Assessors hat und womöglich schon im Kommunaldienst thätig gewesen ist, zu besetzen. Das Stellengehalt soll mit 4200 M. einsetzen und nach je 3 Jahren bis zum Höchstgehalt von 5400 M. steigen. Mit der Stelle waren außerdem bisher die Amtsanwaltsgeschäfte verbunden. — Infolge des milden Winters sieht sich die Schlachthofverwaltung veranlaßt, für dieses Jahr künstliches Eis herzustellen. Die Stadtverordneten bewilligten zu diesem Zwecke einen Kredit von 7000 M.

* **Oschersleben**, 28. Jan. [Die Versteigerung einer Bockwindmühle] bei Dschersleben brachte als Höchstgebot 110 Mark (!) Das Mühlwerk enthält zwei Mahlsteine, von denen jeder ca. 900 Mark Werth hat.

+ **Stößen**, 30. Jan. [Verbesserung des Fahrrades.] Ein hiesiger Radfahrer hat eine Vorrichtung konstruirt, die eine Aenderung und Erleichterung des Tretens bezweckt und einen schnelleren Gang ermöglicht. In einer größeren Fahrradfabrik wird z. Zt. ein Probe-Rad nach dieser Konstruktion erbaut.

— [Personalnachricht.] Der Amtsgerichts-Rath Cochius in Langensalza ist an das Amtsgericht in Wittenberg versetzt.

G **Bernburg**, 29. Jan. [Geflügel-Ausstellung.] Die heute 2 Uhr nachmittag vom hiesigen Geflügelzucht- und Thierschutzverein „Askania" im „Viktoria-Park" eröffnete dritte große Geflügel-, Ziervögel- und Kanarien-Ausstellung ist mit prächtigem Material beschickt. Der Katalog weist 445 Nummern auf, wovon 87 Nummern mit 168 Stück auf Hühner und 176 Nummern mit 343 Stück auf Tauben kommen. Spratt's Patentfirma ist nicht nur auf der Ausstellung vertreten, sondern sie läßt auch ihr Fleischfaser-Geflügelfutter der ganzen gefiederten Ausstellungsgesellschaft als Morgenfutter reichen. Von den ausgestellten Geräthschaften fesselt namentlich die im Betriebe befindliche Brutmaschine die Aufmerksamkeit der Besucher. Den Preisrichtern Steuer-Köthen (Großgeflügel), Mund-Weißenfels (Tauben) und Hohmann-Aschersleben (Kanarien) standen außer den üblichen 1., 2., 3. und 4. Preisen 5 silberne und broncene Medaillen, sowie eine Anzahl Ehrenpreise, in Gegenständen und Geldbeträgen bestehend, zur Verfügung. Die Zahl der vertheilten ersten Preise beträgt 49; die meisten erhielten R. Reichelt und H. Strätz von hier.

* **Lauterberg**, 29. Jan. [Eine Festrede Wißmanns.] Bei dem Festessen an Kaisers Geburtstag nahm auch der Major von Wissmann theil und hielt hierbei eine begeisterte Rede, in welcher er Deutschland als das beste, schönste und glücklichste Land der Erde bezeichnete. Kaiser Wilhelm feierte der Redner als den guten Gärtner, der die von seinen Vorgängern überkommenen Pflanzen wohl pflege, wachsen und gedeihen lasse. Bezüglich Chinas glaubt Wissmann, daß die nächsten Jahrzehnte beweisen werden, daß diese Errungenschaft mehr Früchte tragen wird, als Tausende von Quadratkilometern in unseren anderen Kolonien.

* **Braunschweig**, 28. Jan. [Heilstätte für lungenkranke Frauen.] Die Hanseatische Versicherungsanstalt beabsichtigt, neben der von ihr vor etwa einem halben Jahre bei St. Andreasberg errichteten Heilstätte für Lungenkranke noch eine zweite derartige Heilstätte im Harze zu errichten, die ausschließlich zur Aufnahme weiblicher Erkrankter bestimmt sein soll. Man will hierzu eine Stätte wählen, die möglichst weit von bewohnten Plätzen entfernt liegt.

Waaren- und Produktenberichte.

Getreide.

New York, 29. Jan. [Telegr.] Rother Winterweizen 109, Weizen Januar 108½, Februar —, März 105½, Mai 98½. Mais Januar 34½, März —, Mai 34¾. Mehl 4,00. Getreidefracht 3¼.

Chicago, 29. Jan. [Telegr.] Weizen Januar 108, Mai 96½, Mais Januar 27½.

* Hamburg, 29. Jan. Weizen loco ruhig, holsteinischer loco 178—188, Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco 140—150, russischer loco fest 109,00. Hafer fest. Gerste fest.

* Wien, 29. Jan. Weizen per Frühjahr 11,62 Gd., 11,63 Br. Roggen per Frühjahr 8,73 Gd., 8,75 Br. Hafer per Frühjahr 6,64 Gd., 6,65 Br.

* Pest, 29. Jan. Weizen loco ruhig, per Dez. —,— Gd., —,— Br., per Frühjahr 11,77 Gd., 11,79 Br. Roggen per Frühjahr 8,56 Gd., 8,58 Br. Hafer per Frühjahr 6,31 Gd., 6,33 Br.

* Amsterdam, 29. Jan. Weizen auf Termine behauptet, do. per März 221, per Mai 228. Roggen loco —, do. auf Termine fest, do. per März 134, per Mai 130, per Juli 127.

* Antwerpen, 29. Jan. Weizen ruhig, Roggen ruhig, Hafer behauptet, Gerste behauptet.

Zucker.

* Paris, 29. Jan. (Schluss.) Rohzucker ruhig, 88% loco 28—28½, Weisser Zucker fest, Nr. 3, per 100 kg, per Jan. 31⅛, per Febr. 31¼, per März-April 31⅞, per Mai-Aug. 32¼.

* London, 29. Jan. 96% Javazucker 10⅜, träge, Rüben-Rohzucker loco 9 15/16 fest.

Kaffee.

* Hamburg, 29. Jan. Kaffee behauptet, Umsatz — Sack.

* Hamburg, 29. Jan. (Vormittagsbericht.) Good average Santos, per März 30½ Gd., per Mai 30¾ Gd., per Sept. 31½ Gd., per Dez. 32¾ Gd.

* Hamburg, 29. Jan. (Nachmittagsbericht.) [Bericht der hamburger Firma Joswich u. Comp.] Kaffee good average Santos, per März 30½, per Mai 30¾, per Sept. 31⅜, Gd., per Dez. 32 Gd.

* Hamburg, 29. Jan., abends 6 Uhr. (Bericht der hamburger Firma Joswich u. Comp.) Kaffee good average Santos, per März 30½ Gd., per Mai 30¾ Gd., per Sept. 31⅜ Gd., per Dez. 32 Gd.

* Havre, 29. Jan., vorm. 10 Uhr 30 Min. (Bericht der hamburger Firma Peimann, Ziegler u. Co.) Kaffee good average Santos, per März 37,00, per Mai 37,25, per Sept. 38,00. Behauptet.

* Amsterdam, 29. Jan. Java-Kaffee good ordinary 34.

Petroleum.

* Hamburg, 29. Jan. Petroleum ruhig, Standard white loco 4,80 Br.

* Bremen, 29. Jan. (Börsen-Schlussbericht.) Raffinirtes Petroleum (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Loco 4,95 B.

* Antwerpen, 29. Jan. (Schlussbericht.) Raffinirtes Type weiss loco 14 bez. u. Br., per Jan. 14 Br., per Febr. 14 Br., per März-April 14 Br. Ruhig.

* New York, 29. Jan. [Telegr.] Petroleum Standard white in New York 5,40, do. in Philadelphia 5,35, do. Refined (in Cases) 5,95, do. Credit Balances at Oil City Febr. 65,00.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18980131012/fragment/page=0003

Ausnahme-Preise.

Wir offeriren als **besonders preiswerth** einen **großen Posten**

Schwarze reinwollene Kleiderstoffe Meter 85 Pfg.
und farbige reinwollene Kleiderstoffe Meter 45 und 82 Pfg.

RESTE von Kleiderstoffen, Bettzeugen, Barchenten, Handtüchern, Damasten, Gardinen, Bettkattunen, Hemdentuchen u. s. w. **für die Hälfte des sonstigen Werthes.**

Sämmtliche Consum- und Beamten-Vereine erhalten 6 pCt. Rabatt.

Rich. Perlinsky & Co.

27 Gr. Ulrichstrasse 27.

Möbeltransporte

werden prompteſt und billigſt ausgeführt durch

Zillmann & Lorenz, Halle a. S.

Leere Möbelwagen laufen:

am 1./2. ein Wagen von Halle nach Leipzig,
„ 5./3. „ „ „ „ Sondershausen,
„ 7./3. „ „ „ „ Nordhausen,
„ 25./3. „ „ „ Weißenfels „ Halle a. S.

Contor: Delitzscher Str. 90. Fernsprecher Nr. 55.

Gerichtlicher Verkauf.

Die zur Konkursmasse des Schuhmachermeisters **Otto Töpfer** gehörigen

Schuhwaaren u. Kleidungsstücke

werden werktäglich Vormittags 9—12 und Nachmittags 3—6 im Laden Gr. Steinstraße 9 zu billigen Preisen ausverkauft.

J. Ed. Peuschel, Konkursverwalter.

Gerichtlicher Verkauf.

Das zur Konkursmasse des Schuhmachermeister **Wilh. Barth** gehörige

Schuhwaarenlager

beabsichtige ich von **Dienstag** den **1. Februar Vorm. 9—12 und Nachm. 3—6 Uhr** an und folgende Werktage im Geschäftslokale **Geiststraße 32 zu billigen Preisen** zu verkaufen.

Alb. Brand, Konkursverwalter.

Gänzlicher Ausverkauf

wegen Aufgabe des Ladengeschäfts.

Haar-, Taschen- und **Kleiderbürsten** in echt Elfenbein und Celluloid, letztere auch für Brandmalerei, **Spiegel, Kämme, Parfümerien etc** zu jedem nur annehmbaren **Preise,** um damit zu räumen.

Ladeneinrichtung, sehr gut erhalten, per 1. April d. J. preiswerth zu verkaufen.

E. Weddy, Steinweg 2.

Seit 15 Jahren

hat

Carl Koch's Nährzwieback

sich durch erstaunliche Erfolge an vielen Tausenden von Kindern bewährt.

Carl Koch's Nährzwieback ist daher **ein wahrer Segen** für viele Mütter geworden und die letzte Zuflucht, wenn alle Mittel probirt sind.

Carl Koch's Nährzwieback befördert die Körperzunahme, stärkt den Knochenbau und ist durch seinen Nährwerth und Gehalt an Nährsalzen geeignet, das Kind vor den Folgen fehlerhafter Ernährung zu schützen.

Nur ächt, wenn jede Packung mit dem Namenszuge **Carl Kochs** versehen ist, in

Carl Koch's Nährzwieback-Fabrik,
Herrenstraße 1,

im Haupt-Depot von **Helmbold & Co., Ernst Jentzsch,** Leipziger Str., und **Schlütter's Nachf. Georg Uber,** sowie in den bekannten, durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen.

Fortwährender Bestand von

400—500 Pferden.

Große Transporte Holsteiner u. Russischer Wagen- und Arbeitspferde, Ungarischer und Lithauer Zucker, schwerer amerikanischer Arbeitspferde, sowie Ponies sind eingetroffen und stehen zum Verkauf **Berlin NW., Lehrterstraße 12/13.**

S. Neuberg.

Gummi-Schuhe für Herren, Damen u. Kinder in den neuesten Facons.

Gummi-Tischdecken in reizend. Mustern.

Gummi-Wirthschafts-Schürzen mit und ohne Träger, für Damen v. 1,25 Mk. an p. St.

Gummi-Kinderschürzen in hellen und dunklen Mustern.

Gummi-Betteinlagen, abgepaßt und vom Stück. Rester zum halben Preis.

Gummi-Hosenträger, beste Qualität, für Herren und Knaben von 50 Pfg. an.

Markttaschen.

Wachstuch-Rester

Linoleum-Läufer von 85 Pf. an pr. Meter.

Linoleum-Teppiche von 5 Mk. an pro Stück.

Linoleum-Rester sehr billig.

Linoleum zum Auslegen ganzer Zimmer.

Hugo Nehab

Nachfolger,
Special-Geschäft für Gummiwaaren, Wachstuch und Linoleum,

27 Gr. Ulrichstraße 27.

Auf Firma bitte genau zu achten!

A. Pfeifer,
Mechaniker,
Halle, Leipziger Str. 2. II, früher Kl. Sandberg 23, I,
Nähmaschinen-, Wasch- und Wring-Maschinen-Handlung.
Reparatur-Werkstatt.
Ersatz-Theile,
Nadeln, Oele etc.

Herrengarderobe

reinigt chemisch sauber, sowie **Reparaturen, Aenderungen, Wenden, Aufbügeln** wird sehr gut und billigst ausgeführt Kl. Sandberg 19, 1 Tr.
August Berger, Schneidermeister.

Habe mich in Giebichenstein als prakt. Arzt niedergelassen und halte Sprechstunden ab Vormittags von 9½—11 Uhr, Nachmittags von 2—3 Uhr.

Dr. med. H. Ziegner.

Adreßbuch für Halle,

Giebichenstein, Cröllwitz und Trotha.

31. Jahrgang. 1898. 31. Jahrgang.

Nach amtlichen Unterlagen und neuen Aufnahmen bearbeitet.
Mit großem Stadtplan.
Dauerhaft gebunden 3 Mark.
Otto Hendel Verlag, Halle S.

Waldpark-Sanatorium in Dresden-Blasewitz.

Herrliche ruhige Lage. 15 Min. bis in den Mittelpunkt Dresdens. Sämmtliche Heilfactoren der Wissenschaft. 2 Aerzte. Für Erholungsbedürftige, Nervenleidende, chronisch Kranke. (Geisteskranke und Lungenschwindsucht ausgeschlossen), **diätetische Kuren aller Art (für Zuckerkrankheiten, Mast-, Entfettungs- und Terrainkuren). Bes. Abtheil. f. Minderbemittelte.** Prospecte durch die Verwaltung.

Von der **Schweizerischen Unfallversicherungs-Actiengesellschaft** in **Winterthur** wurden im Monat **Dezember** 1897 **4848 Unfälle** regulirt, nämlich:

A. Aus der Einzelversicherung:	**B. Aus der Collectivversicherung:**
— Todesfälle,	26 Todesfälle,
7 Invaliditätsfälle,	104 Invaliditätsfälle,
845 Fälle vorübergehender Erwerbsunfähigkeit.	3866 Fälle vorübergehender Erwerbsunfähigkeit.
852 Fälle.	**3996 Fälle.**

An Entschädigungen hat die Gesellschaft vom 1. Juli 1875 bis 31. Dezember 1896 bezahlt:
für 3114 Todesfälle,
„ 12016 Invaliditätsfälle,
„ 334595 Fälle vorübergehender Erwerbsunfähigkeit.
Total für 349725 direkte Schadenfälle, Rückversicherungsantheile und Rentenfälle zusammen **Fr. 46,261,294.44.**

Halle a/S., den 31. Januar 1898.

Die General-Agentur.
A. Geiler.

Steinkohlen aller Art, auch **Englische Anthracitkohle, Steinkohlen-Brikets, Stuben-Coak, Grude-Coak, Böhm. Braunkohlen (Salonkohlen), Braunkohlenbrikets u. Pressteine** zur vorzüglichsten Stuben- und Küchenfeuerung empfehlen in bester Qualität und zu billigsten Preisen in ganzen Wagenladungen, Fuhren oder kleineren Quantitäten (s

Klinkhardt & Schreiber, Neue Promenade 12.

Bestellungen zur Anlieferung ins Haus werden prompt ausgeführt. Fernspr. 203

Wollen Sie etwas „Feines" rauchen?

Dann empfehlen wir Ihnen

„Salem Aleikum."

Diese Cigarette wird nur lose, ohne Kork, ohne Goldmundstück verkauft. Bei diesem Fabrikat sind Sie sicher, daß Sie Qualität, nicht Confection bezahlen. Die Nr. auf der Cigarette deutet den Preis an. Nr. 3 kostet 3 ₰, Nr. 4 4 ₰, Nr. 5 5 ₰, Nr. 6 6 ₰, Nr. 8 8 ₰, Nr. 10 10 ₰ per Stück.

Nur ächt wenn auf jeder Cigarette die volle Firma steht: **Orientalische Tabak- u. Cigarettenfabrik „Yenidze." Dresden.**

Salem Aleikum ist gesetzlich geschützt, vor Nachahmungen wird gewarnt. Niederlagen in **Halle** bei **C. F. G. Kitzing** und **Kurtzke & Hasse,** in **Giebichenstein** bei den Herren **F. Günther** und **Otto Hünichen.**

Auction.

Dienstag den 1. Februar cr., Mittags 12 Uhr versteigere ich Geiststraße 39 hierselbst zwangsweise:

4 neue Damenfahrräder.

Hirsch, Gerichtsvollzieher.

Für den Anzeigentheil verantwortlich: W. König in Halle. Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel. Mit 8 Beiblättern und Unterhaltungsblatt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18980131012/fragment/page=0004